

Solidaritätserklärung

Wir, der Interessenverband Unterhalt und Familienrecht (ISUV), erklären uns solidarisch mit der Protestaktion des Väteraufbruchs. Wir halten es für einen Rechtsbruch, wenn Urteile von obersten Gerichten boykottiert werden. Wir sind der Auffassung, dass von Seiten der Landesregierung endlich eingegriffen werden muss, ansonsten bleiben Urteile nur Makulatur.

Was in diesem Fall seit Jahren an Behördenwillkür abläuft, widerspricht den Menschenrechten, dem Artikel 6 GG sowie der UN-Kinderrechtskonvention. Es ist unwürdig eines Rechtsstaates.

Josef Linsler
ISUV-Pressesprecher